

Ausschluss der Nutzung von Räumen an öffentlichen Schulen und Sporthallen durch politische Parteien und Wählergruppen

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08033

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 25.01.2017 Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

1. Ausgangslage

Die Landeshauptstadt München ist Schulaufwandsträgerin für die öffentlichen Schulen und entscheidet gemäß Artikel 14 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes über die außerschulischen Nutzungsmöglichkeiten der Schulanlagen.

Die Raumüberlassung für außerschulische Zwecke wurde zuletzt mit Beschluss des Stadtrates vom 02.07.2003 (Sitzungsvorlage Nr. 02-08 / V 02493) geregelt. Die Überlassungskriterien, Widmungen, Zielgruppen und Regularien wurden weiterentwickelt und den damaligen Anforderungen angepasst. Die beiden Beschlüsse von 2000 und 2003 hierzu enthalten eine Widmung durch den Stadtrat als hierfür zuständiges Gremium der Landeshauptstadt München zur Nutzung städtischer Räume und Flächen. Hiernach gilt u.a., dass alle Parteien, Wählergruppen und Rathausparteien den gleichen Zugang zur Nutzung städtischer Räume für Veranstaltungen haben, wenn diese politischen Organisationen grundsätzlich offen stehen.

Im Rahmen dieser Regelungen überlässt die Landeshauptstadt München die schulischen Räume und Flächen für vielfältige kulturelle, soziale, bürgerschaftliche, ehrenamtliche und sportliche Nutzungen im Umfang von ca. 500.000 Stunden pro Jahr (Schulräume) sowie ca. 300.000 Stunden pro Jahr in Sportanlagen. Sie leistet damit durch die Überlassung der Räume und Flächen einen wesentlichen Beitrag zu einer modernen, sozialen und solidarischen Stadtgemeinschaft.

Die Erfüllung der Pflichtaufgabe der Landeshauptstadt München als Schulaufwandsträgerin hat jedoch bei der Nutzung der Schulanlagen stets Priorität; die schulfremde Verwendung der Immobilie darf schulische, schulergänzende und schulbegleitende Veranstaltungen und Maßnahmen nicht beeinträchtigen.

2. Politische Parteien

Der Stadtrat hatte sich im Beschluss vom 02.07.2003 dafür entschieden, Parteien, parteieigene Stiftungen, den Parteien i.S.d. Parteiengesetzes angegliederten Organisationen, im Rathaus vertretenen oder für den Stadtrat kandidierenden freien Wählervereinigungen (Wählergruppen) und nicht unter das Parteiengesetz fallenden Rathausparteien Zugang zu Schulräumen und -flächen zu gewähren. Unter Punkt 4.2. des Beschlusses findet sich folgende Regelung:

- Alle Parteien haben Anspruch auf Zugang zu Schulräumen (Ausnahme: Feststellung der Verfassungswidrigkeit durch BVerfG). Dies bezieht auch parteieigene Stiftungen mit ein.
- Politische Vereine oder Vereinigungen, die nicht Parteien i.S. des Parteiengesetzes sind, bleiben ausgeschlossen. Ausnahme sind im Rathaus vertretene oder für den Stadtrat kandidierende Wählergruppen und Rathausparteien.
- 3 Monate vor Wahlen erfolgt keine Vermietung an Parteien, Rathausparteien oder Wählergruppen.

In der Praxis wird von dieser Möglichkeit kaum Gebrauch gemacht. In den Jahren 2014 bis 2016 fanden nur zwei parteipolitische Veranstaltungen in städtischen Schulanlagen statt.

3. Regelungsbedarf

Obwohl nur selten parteipolitische Veranstaltungen in Schulgebäuden stattfinden, gibt es anlässlich dieser Veranstaltungen immer kritische Nachfragen und Anmerkungen seitens der Schulleitungen und der Elternschaft, aber auch aus Öffentlichkeit und Politik. Schulen werden in der allgemeinen Wahrnehmung stets als Ort besonderer Neutralität verstanden, an dem parteipolitische Haltungen keine Rolle spielen sollten. So ist gemäß Art. 84 Abs. 2 BayEUG politische Werbung bei Schulveranstaltungen oder auf dem Schulgelände während der Schulzeiten sogar ausdrücklich untersagt.

Eine grundsätzliche Regelung, in der Gestalt, dass Veranstaltungen von Parteien generell nicht mehr zugelassen sind, ergänzt also nur eine ohnehin schon bestehende Regelung im Hinblick auf den besonders sensiblen Raum Schule.

Insbesondere wenn sich Schülerinnen und Schüler ganz bewusst gegen jede Form von Diskriminierung und Rassismus und für Toleranz in ihrer Schule einsetzen (beispielsweise im Rahmen von Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage) erscheint es nicht hinnehmbar, gleichzeitig Schulräume für Veranstaltungen zu überlassen, bei denen nicht ausgeschlossen werden kann, dass Menschen aufgrund der Religion, der sozialen Herkunft, des Geschlechts, körperlicher Merkmale, der politischen Weltanschauung oder der sexuellen Orientierung herabgewürdigt werden. Jedwede Gefahr, dass zumindest zeitweise der Schulfriede durch solche Veranstaltungen gestört wird, sollte vermieden werden.

Im Hinblick auf die anstehenden Wahlen in den Jahren 2017 und 2018 ist ggf. damit zu rechnen, dass Anträge auf Zulassung politischer Parteien in Schulanlagen zunehmen

könnten. Nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund einer veränderten politischen Landschaft ist es daher nicht unwahrscheinlich, dass Schulen als Orte für Veranstaltungen genutzt werden, in denen Positionen thematisiert, öffentlich diskutiert und verbreitet werden, die im Kontext von verfassungsfeindlichen Zielen bzw. von Hetze gegen Minderheiten und Religionsgemeinschaften stehen. Schul- und Sportanlagen sollten hierfür keine Plattformen bieten. Gerade in Schulen sollten weder verfassungsfeindlichen Zielen noch Hetze jedweder Art gegen Minderheiten oder Religionsgemeinschaften einen Platz finden.

Es ist daher abzuwägen, ob die Landeshauptstadt München eine Raumüberlassung für politische Veranstaltungen in Schulen höher bewertet als die Wahrung des Schulfriedens oder die öffentliche Wahrnehmung im Zusammenhang mit den genannten Veranstaltungen.

Angesichts der in der Vergangenheit äußerst geringen Nachfrage nach Schulräumen für politische Veranstaltungen ist davon auszugehen, dass der Prozess der politischen Willensbildung nicht behindert wird, falls die Landeshauptstadt München künftig keine politischen Veranstaltungen in städtischen Schulanlagen und Sporthallen mehr zulassen möchte.

Die derzeit bestehende grundsätzliche Widmung und generelle Öffnung städtischer Räume auch für Parteiveranstaltungen kann durch Stadtratsbeschluss wieder aufgehoben werden. Bei dieser Entscheidung hat der Schulaufwandsträger die schulischen Belange zu wahren und diese sind bereits dann berührt, wenn der Schulbetrieb durch Art, Umfang oder Zeitpunkt der außerschulischen Nutzung in irgendeiner Weise beeinträchtigt werden kann. Auch gilt es, den Schulfrieden der gesamten Schulfamilie hier mit im Blick zu behalten.

Das Referat für Bildung und Sport empfiehlt daher, die Zulassung der genannten politischen Organisationen in Schulanlagen und Sporthallen aufzuheben.

Eine Zuleitung der Vorlage innerhalb der Frist nach § 45 Abs. 3 GeschO war aufgrund von verwaltungstechnischen Gründen nicht möglich.

II. Antrag der Referentin

1. In Abänderung des Beschlusses des Stadtrates vom 02.07.2003 (Sitzungsvorlage Nr. 02-08 / V 02493) werden Parteien, parteieigene Stiftungen, den Parteien i.S.d. Parteiengesetzes angegliederte Organisationen, im Rathaus vertretene oder für den Stadtrat kandidierende freie Wählervereinigungen (Wählergruppen) und nicht unter das Parteiengesetz fallende Rathausparteien ab sofort nicht mehr zur Nutzung von Schulanlagen und Sporthallen im Zuständigkeitsbereich des Referates für Bildung und Sport zugelassen.
2. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Die Referentin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

Beatrix Zurek
Stadtschulrätin

IV. Abdruck von I. mit III.

über D-II/V-SP

an die Stadtkämmerei

an das Revisionsamt

V. Wiedervorlage im Referat für Bildung und Sport – ZIM - VM

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An RBS - A**
An RBS - PI
An RBS – B
An RBS – SpA
An RBS - Recht
An RBS – GL 2

z. K.

Am